

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Der Golfkrieg

Bis zum Ausbruch des Golfkriegs am 17. Januar 1991 hat China noch versucht, zwischen den Fronten zu lavieren, wobei die Erwartung bestand, daß der Krieg am Ende doch nicht ausbrechen werde. "Friedliche Lösung" hieß die Devise Beijings - und dies, obwohl gerade die VR China mit zu den Hauptwaffenlieferanten Saddam Husseins gehört hatte.

Nun, da der Krieg ausgebrochen ist, befürchtet die Volksrepublik Rückwirkungen auf ihre Wirtschaft. (Näheres dazu ist im einschlägigen Thema nachzulesen) -we-

\* (2)

### Wiederaussöhnung Chinas mit Albanien

Vom 22. bis 26. Januar 1991 hielt sich der albanische Außenminister Reis Malile zu einem offiziellen Besuch in der VR China auf, um die bilateralen Beziehungen nach Jahren der Feindschaft wieder zu normalisieren.

Albanien war eines der ersten Länder gewesen, die noch Ende 1949 die damals gerade ausgerufene Volksrepublik diplomatisch anerkannten. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen war es am 23. November 1949 gekommen.

Der heutige Außenminister Malile hatte sein Land Anfang der 60er Jahre als Botschafter in Beijing vertreten.

Zu einem merkwürdigen Sonderbündnis zwischen dem Riesen China und dem Zwerg Albanien kam es bei der Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen Parteien im Oktober 1960

und beim XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961, als der damalige KPdSU-Generalsekretär Chruschtschow über China und Albanien gleichzeitig herzog, so daß die Albanische Arbeiterpartei und die KPCh sich plötzlich in einem gemeinsamen Boot sahen. Dies war Anlaß zum chinesisch-albanischen Schulterschuß, der die ganze Kulturrevolution über anhielt und Albanien eine Zeitlang als weltweit einzigen Freund Chinas erscheinen ließ. (Zum früheren Verhältnis vgl. Oskar Weggel, "Chinas Politik gegenüber dem Iran und dem Arabischen/Persischen Golf", C.a., Oktober 1978, S.649-658)

Albanien profitierte von einer immer substantielleren Entwicklungshilfe Chinas, die sowohl im Wirtschafts- als auch im Militärbereich erfolgte. (Dazu ausführlich Oskar Weggel, "Albanien und China: Von den Flitterwochen zum grauen Alltag" in: C.a., Februar 1977, S.30-45, hier 34 ff.).

Schon 1977 allerdings begannen sich die beiderseitigen Beziehungen erheblich abzukühlen, vor allem im Zeichen der Visite des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito, der im September 1977 nach Beijing eingeladen wurde, obwohl er den Albanern als Erzfeind galt. Albanien vergaß nun plötzlich alle Freundschaft und begann, China offen anzugreifen, vor allem dessen Drei-Welten-Theorie. Außerdem berief es noch im selben Jahr seine Studenten aus China ab und forderte die chinesischen Entwicklungshelfer auf, das Land zu verlassen. Außenpolitisch schien dieser "skipetarische Rundschlag" schlechthin unverständlich, da Albanien sich nun fast total isolierte: Seit Jahren hatte es sich mit dem "US-Imperialismus", dem "Sozialimperialismus", der EG und der NATO angelegt, stand mit seinen Nachbarstaaten Jugoslawien und Griechenland auf denkbar schlechtem Fuß und hatte eigentlich nur noch zu einem einzigen Land wirklich gute Beziehungen, näm-

lich zu China; ausgerechnet diese Achse der Freundschaft aber wurde nunmehr zerschlagen. (Näheres dazu Oskar Weggel, "Albanien und China: Das Ende einer seltsamen Verbindung", C.a., August 1977, S.480-484)

Spätestens 1978 waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten so gut wie eingefroren.

Allerdings gingen beide Seiten in den 80er Jahren auf Reformkurs - China zuerst und ganz zuletzt auch Albanien. Im Zeichen der Reformpolitik, nicht zuletzt aber auch im Zeichen einer gewissen Solidarität, die sich nach dem Umbruch in Osteuropa wieder eingestellt hat, sind beide Seiten nun wieder aufeinander zugegangen.

Sie vereinbarten, ihre Kontakte auszubauen und die abgeschnittenen Fäden der "traditionellen Freundschaft" wieder zu knüpfen.

Zu diesem Zweck wurden auch zwei Vereinbarungen unterzeichnet, nämlich ein Dokument über die Zusammenarbeit im Rundfunk- und Fernsehwesen sowie über die Zusammenarbeit auf kulturellem, erzieherischem und wissenschaftlichem Gebiet (XNA, 25.1.91). -we-

\* (3)

### China und Rumänien: Besuch Iliescus

Am 16. und 17. Januar besuchte der rumänische Staatspräsident und KP-Vorsitzende Ion Iliescu die VR China, um die "traditionell freundschaftlichen Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen China und Rumänien" wieder zu beleben. Der Besuch sei, wie es hieß, nur kurz (40 Std.), aber äußerst effizient gewesen (XNA, 17.1.91). Unterzeichnet wurden vier Dokumente, nämlich ein Vertrag über juristischen Beistand in Zivil- und Kriminalfällen, ein Konsularvertrag, ein Steuerabkommen und ein Programm für die wissenschaftliche, erzieherische und kulturelle Zusammenarbeit für die Zeit 1991/93 (XNA, 17.1.91).

Die Hinrichtung Ceausescus im Dezember 1989 durch Angehörige der rumänischen Armeeverbände, an der auch Iliescu nicht ganz unbeteiligt gewesen sein dürfte, war einer jener Schocks für die chinesische Spitzenführung gewesen, die bis heute nicht ganz verdaut sind.

Im Zeichen des Zusammenbruchs der sozialistischen Regime in Osteuropa ist es für die kommunistische Führung der VR China immerhin tröstlich, daß sich an der Spitze Rumäniens nach wie vor ein Altkommunist hat halten können, der "solidaritätsfähig" ist. Daß die Verhältnisse allerdings nicht mehr so werden können, wie sie früher einmal waren, ist wohl auch den Chinesen klar, zumal der chinesisch-rumänische Handel zu Beginn d.J. 1991 "entsozialisiert" und auf normale kommerzielle Bedingungen umgestellt wurde. Damit endete ein 40jähriger Tauschhandel zwischen beiden Seiten. 1990 war der gegenseitige Handel auf 372 Mio.sfrs zurückgegangen. Noch 1989 waren es 660 Mio. gewesen.

China liefert an Rumänien traditionellerweise Getreide, Baumwolle, NE-Metalle, Textilien und Leichtindustrieprodukte, während Rumänien die VR China umgekehrt mit Maschinen, Elektrogeräten, Chemiedünger und petrochemischen Produkten versorgt (XNA, 15.1.91). -we-

\* (4)

#### Schweden und China weisen Diplomaten aus

Anfang Januar ist es zwischen China und Schweden zu Spannungen gekommen, nachdem von Stockholm drei Angehörige der chinesischen Botschaft noch kurz vor Jahresende ausgewiesen worden waren. In einer Erklärung des Außenministeriums in Stockholm hieß es, die Drei seien als "unerwünscht" eingestuft worden, nachdem aus Polizeiberichten hervorgegangen war, daß sie andere chinesische Bürger in Schweden ausspioniert hätten, nämlich Studenten, die gegen die Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 opponiert haben.

Beijing reagierte daraufhin mit der Ausweisung von Schwedens Erster Botschaftssekretärin in Beijing. Dieser Gegenschritt war von "scharfen Protesten" der chinesischen Seite gegen Stockholm begleitet (XNA in SWB, 5.1.91; XNA, 4.1.91). -we-

\* (5)

#### Das chinesisch-französische Verhältnis. Die französische Atom- und Verkehrslobby als Antreiber

Frankreich, das zu den schärfsten Kritikern des Tiananmen-Massakers gehört hatte, und das im Anschluß an die

Ereignisse vom 4. Juni 1989 zum Hauptzufluchtsort chinesischer Dissidenten sowie zum Gründungsort der regimekritischen Demokratischen Allianz geworden war, gehört erstaunlicherweise zu den ersten EG-Ländern, die das Verhältnis zur VR China wieder zu normalisieren suchen. Es begann damit, daß der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, Zou Jiahua, zu einem Frankreichbesuch eingeladen wurde. Die Visite erfolgte am 14. Januar. Verhandelt wurde über zwei Projekte, die für die französische Wirtschaft besonders interessant sind, nämlich über die Mitarbeit Frankreichs bei der zweiten Ausbaustufe der Nuklearanlage in der Daya-Bucht bei Guangzhou. Zweitens will China in mehreren Städten zwischen 1990 und 1994 U-Bahn-Netze einrichten, vor allem in Guangzhou, Chongqing und Tianjin. 1994 bis 1999 sollen dann vier weitere Städte folgen. Offensichtlich denkt China dabei vor allem an französische Mitarbeit (Le Monde, 16.1.91). Zou wurde während seines Besuchs auch von Ministerpräsident Rocard empfangen.

In diesem Zusammenhang äußerte Beijing seine Zufriedenheit mit der französischen Friedensinitiative am Vorabend des Ablaufes des UNO-Ultimatums - einer Initiative, die freilich, wie schon bald deutlich wurde, kein Ergebnis brachte.

Der Besuch Zous war die erste Visite eines chinesischen Ministers seit den Tiananmen-Ereignissen.

Im Gegenzug besuchte der französische Außenhandelsminister Jean-Marie Rausch am 1.2.1991 die VR China, wo er betonte, daß die französisch-chinesischen Beziehungen "stufenweise" wieder normalisiert werden sollen. U.a. wolle Frankreich versuchen, der Autofirma Citroen einen besseren Start in China zu verschaffen.

Am 19. Dezember 1990 war in Paris nach dreijährigen Verhandlungen ein Unternehmensvertrag zwischen Citroen und der Chinesischen Automobilfabrik Nr.2 über eine gemeinsame Pkw-Produktion unterzeichnet worden. Dieses bisher größte chinesisch-französische Kooperationsprojekt soll seinen Sitz in Wuhan haben und "Aeolus-Citroen-Automobile Co., Ltd." heißen. Die Gesamtinvestitionen, zu denen die chinesische Seite 70% beisteuert, betragen 4,6 Mrd. Yuan und sollen eine Laufzeit von 35 Jahren haben. Der Bau

des Werks soll i.J. 1991 beginnen und bereits Ende 1994 abgeschlossen sein. In der ersten Phase werden jährlich 150.000 Pkws produziert, später jährlich 300.000. Gemäß den Vereinbarungen sollen sechs Jahre nach Inbetriebnahme 30% der Jahresproduktion in den Export gehen.

Citroen wird es nicht leicht haben; produzieren doch gegenwärtig 39 Unternehmen mit Auslandskapital, davon 32 Joint Ventures, drei Unternehmen in ausländischem Alleinbesitz und vier Kooperationsunternehmen Autos, Motorräder und Bau- sowie Ersatzteile.

Das Shanghaier VW-Werk, das erste Auto-Joint Venture in China, fertigt seit April 1985 60.000 Santanas. Produktionsstätten gibt es ferner von Audi (in der Changchuner Automobilfabrik Nr.1), von Peugeot (Guangzhou), von Steyr (Jinaner Lastwagenfabrik), von Isuzu (Jiangxi), von Daihatsu (Tianjin) und von Iveco (Nanjing).

Im Shanghaier VW-Werk wuchsen die Gewinne in letzter Zeit um 20%.

Auch das chinesisch-amerikanische Joint Venture zur Herstellung von "Beijing-Jeeps" läuft gut: 1990 wurden 40.000 Jeeps produziert, 1991 sollen es 50.000 werden.

Rausch ließ einen Reporter von *Le Monde* (2.2.91) wissen, daß er keinen Wert darauf gelegt habe, mit Ministerpräsident Li Peng zusammenzutreffen, der wegen seiner zweifelhaften Rolle bei den Tiananmen-Ereignissen bei der eigenen Bevölkerung höchst unpopulär sei.

1989 belief sich der französisch-chinesische Handel auf 2,3 Mrd. US\$.

Der Besuch Rauschs stand noch unter dem Eindruck der Proteste, die China eine Woche vorher gegen den Besuch des französischen Industrieministers Roger Fauroux in Taiwan erhoben hatte. Fauroux hatte zwar seinen Besuch an der Spitze einer französischen Wirtschaftsdelegation als "privat" bezeichnet, doch sei, wie es in Beijing hieß, eine solche Begründung "völlig unannehmbar" (XNA, 24.1.91).

Bereits 1990 hatte sich Beijing mit Paris in einer anderen taiwanbezogenen Frage angelegt, als Frankreich nämlich einen Kaufvertrag unterzeichnete, aufgrund dessen mehrere französische Fregatten an Taiwan geliefert werden

sollten. In Frankreich entstand damals ein Tauziehen zwischen Industrie- und Außenministerium, das schließlich zugunsten des letzteren entschieden wurde, insofern es nämlich zur Aufhebung des bereits unterzeichneten Vertrags kam. -we-

\*(6)

#### China zeigt Präsenz in Afrika: Vier-Länder-Tour des chinesischen Außenministers

Im Vorfeld des drohenden Kriegeausbruchs am Golf trat Außenminister Qian Qichen am 6. Januar eine "Goodwill-Visite" durch Äthiopien, Uganda, Kenia und Tansania an. Hauptbesprechungspunkte waren Fragen bilateraler Beziehungen, vor allem aber die Golfkrise sowie das uralte Lieblingsthema, mit dem China immer sicher sein kann, Beifall zu finden, nämlich die südafrikanische Apartheidpolitik (XNA, 6., 9., 11., 13. und 14.1.91).

Zumindest auf die Kriegslage am Golf und in Somalia hatte der Besuch keinen Einfluß - und konnte ihn wohl auch nicht haben. Schon wenige Tage später zog Beijing seine 244 Experten aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Somalia zurück, und zwar via Kenia (XNA, 22.1.91).

Das Außenministerium in Taiwan geht davon aus, daß einer der Hauptzwecke des Besuchs darin bestand, die Länder von einer Annäherung an die Republik China auf Taiwan abzuhalten. Die vier Länder sollen dafür von der Volksrepublik angeblich rd. 20 Mio. US\$ erhalten.

Fast gleichzeitig mit dem Vier-Länder-Besuch des Außenministers wurde bekanntgegeben, daß der chinesische Stellvertretende Außenminister Yang Fuchang vom 17.1. bis 1.2.1991 sechs Länder in der nahöstlich/afrikanischen Region besuchen wolle, und zwar die islamische Republik Iran, die Türkei, Syrien, Sudan, Libyen und die islamische Republik Mauretanien (XNA, 11.1.91).

Ende Januar kam zusätzlich eine Delegation des chinesischen Gewerkschaftsbundes nach Addis Abeba (XNA, 27.1.91).

Gebündelte Afrikareisen haben eine alte Tradition in der chinesischen Außenpolitik, die durch Zhou Enlai be-

gründet wurde. Mit dem Besuch hat Beijing zumindest bekundet, daß es in Afrika weiter präsent sein will - ein psychologisch nicht unwichtiges Signal in einer Zeit, die den Schwarzen Kontinent immer mehr in "Vergessenheit geraten" läßt. -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

#### Strafverfahren gegen prominente Teilnehmer der Protestbewegung von 1989

Über 20 Monate nach ihrer Verhaftung wurden in Beijing im Januar 1991 die Strafverfahren gegen 35 mehr oder weniger prominente Teilnehmer der Protestbewegung von 1989 abgeschlossen. 12 Personen wurden zu Haftstrafen zwischen zwei und sieben Jahren verurteilt; die restlichen 23 wurden auf freien Fuß gesetzt, und zwar in 5 Fällen auf Gerichtsbeschuß, in 11 Fällen auf Beschuß der Staatsanwaltschaft und in 7 Fällen auf Beschuß der Sicherheitsorgane. Wie es in einer Mitteilung des Gerichts hieß, wird die Zeit der Untersuchungshaft auf die Gesamtstrafe angerechnet.

Zu den Prozessen war offenbar nur eine ausgesuchte Öffentlichkeit zugelassen, darunter z.T. auch die Verwandten der Verurteilten. Unabhängige Prozeßbeobachter wurden wie üblich nicht zugelassen. Folgende Teilnehmer der Protestbewegung wurden im Januar 1991 in Beijing vor Gericht gestellt, zu Haftstrafen verurteilt oder auf freien Fuß gesetzt:

- Bao Zunxing: Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 5 Jahren Haft und 2 Jahren Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Der frühere Wissenschaftler am Institut für Geschichtswissenschaften der Akademie der Sozialwissenschaften hatte die Forderungen von Studenten nach einer Demokratisierung von Beginn an tatkräftig unterstützt und zählte zu den aktivsten Intellektuellen auf seiten der Protestbewegung.

- Chen Lai: Am 26. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und

aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Siehe unter Guo Haifeng.

- Guo Haifeng: Am 26. Januar 1991 in Beijing zu 4 Jahren Haft und 1 Jahr Entzug der politischen Rechte verurteilt. Guo war einer der Führer des "Autonomen Studentenverbands Beijing". Er wurde zusammen mit Chen Lai, Li Chenghuan und Yao Junling der "konterrevolutionären Sabotage" für schuldig befunden. Die vier seien am frühen Morgen des 4. Juni mit einem Fahrzeug [Bus?] auf den Tiananmen-Platz gefahren, um dort mit Hilfe von mitgeführten selbstgemachten Molotow-Cocktails Armeefahrzeuge in Brand zu setzen. (Zu diesem Vorfall siehe D.Fischer, R.Cremerius, P.Schier, *Studentenprotest und Repression in China, April - Juni 1989*, 2. erw. Auflage, Hamburg 1991, S. 441, 442-443.) Da die vier Angeklagten ihre Straftaten ehrlich gestanden und Reue gezeigt hätten und da ihre Handlung nicht schwerwiegende Folgen gehabt hätte, habe sich das Gericht für eine "milde" Bestrafung entschieden. Guo Haifeng wurde vom Gericht als Hauptschuldiger in diesem Fall bezeichnet.

- Kong Xianfeng: Am 5. Januar 1991 in Beijing zu 3 Jahren Haft und 1 Jahr Aberkennung der politischen Rechte verurteilt.

- Li Chenghuan: Am 26. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Siehe unter Guo Haifeng.

- Li Yuqi: Am 5. Januar 1991 in Beijing wegen relativer Geringfügigkeit der begangenen Straftaten und aufgrund reumütiger Haltung von weiterer Strafverfolgung ausgeschlossen und freigelassen. Student an der Qinghua-Universität.

- Liu Xiaobo (35): Am 26. Januar 1991 in Beijing freigelassen. Liu habe sich, so das mittlere Volksgericht von Beijing, zwar "schwerer Verbrechen" schuldig gemacht, indem er verschiedene Methoden benutzt habe, um die Massen aufzuwiegeln, die Regierung und die sozialistische